



Aufräumarbeiten

Die außenpolitische Agenda nach dem Irakkrieg

Spätestens mit dem Beginn des Irakkrieges war die deutsche Außenpolitik mit einem diplomatischen Trümmerhaufen konfrontiert. Die politisch-diplomatische Auseinandersetzung um den Krieg markiert das Scheitern einer Politik, welche die zukunftsfähigen Strukturen aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes fortentwickeln und zur Grundlage einer neuer Weltordnung machen wollte. Die unmittelbaren Folgen für die transatlantische Gemeinschaft und die Europäische Union liegen auf der Hand. Aber auch die globalen Institutionen und Regime müssen von Grund auf auf ihre Funktionsfähigkeit hin überprüft werden. Letztlich gibt es eine Reihe von *Policyfragen*, die zu beantworten sind. Zu allen Themenkomplexen müssen Positionen angepasst oder sogar neu entwickelt werden.

Atlantische Gemeinschaft und Europäische Union

Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist schwer beschädigt. Vordringliche Aufgabe ist es, den Verlust an Vertrauen einzudämmen und neues Vertrauenskapital aufzubauen. Dabei dürfen, auch mit Blick auf die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland, kritische Fragen im deutsch-amerikanischen Dialog nicht ausgespart bleiben. Dazu gehört die Akzeptanz der Vereinigten Staaten als Führer der freien Welt, als *Hegemon*; dazu gehört auch das Verständnis von *Multilateralismus* und *Unilateralismus* beiderseits des Atlantik.

Die Institutionen transatlantischer Politikformulierung haben offensichtlich versagt. Die Zukunftsperspektive der NATO, wie sie beim Gipfel in Prag aufblitzte, ist gefährdet. Das Bündnis wird nach dem Irakkrieg ein anderes sein. Es ist fraglich, ob die Allianz der zentrale Rahmen transatlantischer Zusammenarbeit bleibt oder ob nicht andere Institutionen in ihrer Bedeutung wachsen beziehungsweise neu hinzutreten müssen (Transatlantischer Vertrag).

Die Voraussetzungen für eine Vertiefung der Europäischen Integration, ins-

besondere für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, haben sich dramatisch verschlechtert. Neue Konfliktlinien innerhalb der Europäischen Union werden sichtbar. Eine deutsch-französische Achse gegen die Vereinigten Staaten und gegen das restliche Europa ist genau das, was nicht sein darf und doch erstmals Realität geworden ist.

Das Konzept der *Westbindung* ist identitätstiftend für die politische Familie der Christlichen Demokraten und droht, zur Disposition zu stehen. Die Westbindung und ihre strategische Ausrichtung hat jedoch auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nichts von ihrer fundamentalen Bedeutung verloren: Eine funktionierende Transatlantische Gemeinschaft war und ist der stabilste Pfeiler einer friedlichen Weltordnung – und er muss es bleiben.

Globale Institutionen und Regime

Das System der Vereinten Nationen wird weiter existieren. Welche Rolle allerdings insbesondere der Sicherheitsrat in Fragen von Krieg und Frieden künftig spielen kann, steht in den Sternen. Die in den 90er Jahren im Lichte neuer globaler Rahmenbedingungen gewollte und dann gescheiterte Reform ist notwendiger denn

je. Doch mit welcher Zielrichtung wird sie betrieben werden, und wer wird sie betreiben?

Auch die tragenden Institutionen der heutigen *internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung* sind reformbedürftig. Sie sind noch aus dem System von Bretton Woods erwachsen. Sie wurden von den Vereinigten Staaten konzipiert als Ergänzung des militärischen Allianz- und Sicherheitssystems und tragen bis heute eine starke amerikanische Handschrift. Ein Legitimationsverlust des *US-Hegemon* lässt auch diese Institutionen nicht unberührt. Ohnehin müssen sie sich im Zeitalter der Globalisierung neu positionieren.

Schon lange ist fraglich, ob das im Nichtverbreitungsvertrag begründete *Nonproliferationsregime* für Massenvernichtungswaffen noch in sich schlüssig ist. Die Tatsache, dass gegen einen vermuteten Atom- und Giftgaswaffenstaat präventiv interveniert wird, nicht aber gegen Nordkorea, das durch viele Kontrollen geschlüpft ist, dürfte weiter Ansporn sein für andere Staaten, aus dem Proliferationsregime auszuschneiden. So verdichten sich zum Beispiel Hinweise, dass Iran diesen Weg gehen könnte. Wie damit umzugehen ist, vor allem über welche Institutionen, gehört zu den großen Aufgaben der nächsten Jahre.

Bündnis mit ungewisser Zukunft: Welche Rolle kann die NATO künftig spielen?



Policyfragen

Die Auseinandersetzung um die Legitimität eines präventiven Einmarsches in den Irak verdeutlicht, dass das **Völkerrecht** im Fluss ist. Den klassischen Prinzipien internationaler Ordnung wie nationalstaatliche Souveränität oder Gewaltmonopol stehen politische Prozesse wie Staatsverfall, regionale Integration oder bewusste Entscheidungen zugunsten humanitärer wie präventiver Interventionen gegenüber.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Irakkonfliktes auf die **Region des Nahen und Mittleren Ostens** sind ungewiss. Die positive Annahme sieht die Chance einer Neuordnung einschließlich des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Doch selbst bei einer derart optimistischen Variante bleibt die Transformation islamischer Staaten hin zu funktionierenden modernen Demokratien in jedem Fall eine Aufgabe, für die es noch keine schlüssigen Konzepte gibt. Für die weniger optimistischen Annahmen bis hin zu einem *Worst-Case-Szenario* für die gesamte islamisch geprägte Welt sind erst recht keine Konzeptionen erkennbar, die zumindest sicherheitspolitisch befriedigende Antworten geben könnten.

Die aktuelle Fokussierung auf den Irak kann leicht den Blick verstellen auf größere tektonische Verschiebungen. Die internationale Politik der Bush-Administration vor dem 11. September war gekennzeichnet durch *benign neglect*

der Nahostregion, Unterbewertung der Beziehungen zu Russland und eine antagonistische Einstellung gegenüber China als dem strategischen Rivalen der kommenden Jahre. Wie wird die **internationale Ordnung** nach dem Irak-Konflikt aussehen? In die Entwicklung eines solchen geopolitischen Szenarios gehört auch die Frage nach dem Platz der ehemals sogenannten Dritten Welt, insbesondere Afrika und Lateinamerika, sowie der Rolle des indischen Subkontinents und die Gestaltung einer Politik gegenüber diesen Regionen.

Letztlich wird man davon ausgehen müssen, dass die Intervention in den Irak das Problem des **internationalen Terrorismus** nicht lösen wird. Es bleibt zu hoffen, dass sie es wenigstens nicht verschärft und im günstigeren Fall möglicherweise regional (Palästina) etwas eindämmen kann. Doch Antworten darauf stecken noch in den Anfängen.

Aktive Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung

Unmittelbare Aufgabe der Politik wird eine **Prioritätensetzung** für die Bewältigung dieser Herausforderung sein. Es liegt auf der Hand, dass die Schadensbegrenzung im Europäischen Einigungsprozess und die Reparatur des transatlantischen Verhältnisses vorrangig sind. Nicht überall müssen neue Antworten und Ansätze gefunden werden. Aber die vorhandenen müssen im Lichte der aktuellen Ent-

wicklungen neu durchdacht werden. Transatlantische Orientierung und Europäische Einheit sind und bleiben identitätsstiftend für die Außenpolitik der Christlichen Demokratie und müssen es auch für Deutschland insgesamt bleiben. Allerdings besteht die Gefahr, dass bei der Vermittlung dieser Position nicht stringent offensiv, sondern aus der Defensive heraus argumentiert wird, was die Chancen ihrer Akzeptanz bei der Bevölkerung nicht gerade erhöhen dürfte.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat, was den Europäischen Einigungsprozess sowie die Neubegründung der transatlantischen Beziehungen betrifft, eine Reihe von konkreten Maßnahmen bereits in die Wege geleitet. Dazu gehört die Etablierung einer hochrangigen Arbeitsgruppe zum transatlantischen Verhältnis, das deutsch-amerikanische Dialogprogramm zur Transformation der islamischen Staatenwelt. Es gibt gute Voraussetzungen, den schwierigen deutsch-französischen Dialog in richtige Bahnen zu lenken; eine Erweiterung um Großbritannien zum Trioloog zu sicherheitspolitischen Fragen wäre wünschenswert. Es gibt vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit des Europäischen Konvents sowie insbesondere auch der geistigen Heranführung der Beitrittsländer an unsere europapolitische Vorstellung. Die KAS verfügt über ausgewiesene Expertise zu Fragen der Proliferation und des internationalen Terrorismus. Gleiches gilt für die Entwicklungspolitik oder den Dialog der Kulturen sowie für die Auseinandersetzung mit der Globalisierung.

Diese inhaltlichen Schwerpunkte werden sukzessive erweitert um Fragen der Reform der Vereinten Nationen, der Fortentwicklung des Völkerrechts und der Anpassung der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich zum Ziel, im Rahmen ihrer Möglichkeiten über ihre Kontaktnetze und internationalen Ressourcen einen konstruktiven Beitrag zu leisten für die Entwicklung neuer Stabilität in der Zeit nach dem Irakkrieg.

PETER R. WEILEMANN

